

Organe

Aufsichtsrat

Bernd Zens

Königswinter

Vorsitzender

Mitglied der Vorstände

DEVK Versicherungen

Dr. Wolfgang Bohner

Berlin

Bereichsleiter Finanzen und Treasury (FF)

Deutsche Bahn AG

Dr. Klaus Linde

Brühl

Leiter Beschäftigungsbedingungen,
Sozialpolitik und Personal Konzern-
leitung (HB) Deutsche Bahn AG

Martin Burkert

Nürnberg

Stellv. Vorsitzender

Stellv. Vorsitzender der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Klaus-Dieter Hommel

Großefehn-Felde

Vorsitzender der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Claus Weselsky

Leipzig

Bundvorsitzender der
Gewerkschaft Deutscher
Lokomotivführer (GDL)

Vorstand

Joachim Gallus

Köln

Birgit Großmann

Berlin

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die DEVK Pensionsfonds-AG bietet beitragsbezogene Pensionspläne mit Zusage einer Mindestleistung im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG sowie Übertragungen von Versorgungswerken im Rahmen von § 3 Nr. 66 EStG an.

Bei der DEVK Pensionsfonds-AG handelt es sich um einen Pensionsfonds im Sinne von § 236 VAG.

Gemäß dieser Vorschrift ist ein Pensionsfonds eine rechtsfähige Versorgungseinrichtung, die:

- im Wege des Kapitaldeckungsverfahrens Leistungen der betrieblichen Altersversorgung für einen oder mehrere Arbeitgeber zugunsten von Arbeitnehmern erbringt,
- die Höhe der Leistungen oder die Höhe der für diese Leistungen zu entrichtenden künftigen Beiträgen nicht für alle vorgesehenen Leistungsfälle durch versicherungsförmige Garantien zusagen darf,
- den Arbeitnehmern einen eigenen Anspruch auf Leistung gegen den Pensionsfonds einräumt und
- verpflichtet ist, die Altersversorgungsleistung als lebenslange Zahlung oder als Einmalkapitalzahlung zu erbringen.

Die DEVK Pensionsfonds-AG untersteht der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Deutschland. Sie ist damit als solche kein AIF – Alternativer Investmentfonds – im Sinne des § 1 KAGB.

Das Geschäftsfeld umfasst insbesondere einen Teil der betrieblichen Altersversorgung der Deutsche Bahn AG. Bestand und Neugeschäft haben deshalb einen hohen Anteil an arbeitgeber-/arbeitnehmerfinanzierten Verträgen der Deutsche Bahn AG.

Verbundene Unternehmen

Verbundene Unternehmen der DEVK Pensionsfonds-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,

und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das zu 100 % eingezahlte Grundkapital wird von der DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit Wirkung ab 1. Januar 2013 besteht, zu 100 % gehalten.

Funktionsausgliederung, organisatorische Zusammenarbeit

Auf Grund eines Generalagenturvertrags werden die Funktionen der Vertragsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben von dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. übernommen.

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten können.

Die Im Bericht mit ¹ gekennzeichneten Abschnitte enthalten Angaben, die nicht vom Abschlussprüfer geprüft werden.

Allgemeine Betriebsbereiche wie z. B. Rechnungswesen, Inkasso, IT, Kapitalanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie Allgemeine Verwaltung, sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag mit dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. wird uns das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung gestellt. Dieses unterliegt in den Gebieten Mathematik, Antrags-, Bestands- und Leistungstätigkeiten sowie in der Vermögensanlage und -verwaltung allein der Aufsicht unseres Unternehmens.

Die DEVK Pensionsfonds-AG verfügt nicht über separate Mietverträge, jedoch gemäß ihrer Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland entwickelte sich nach Ende der umfangreichen Lockdown-Maßnahmen ab Mai 2021 bis zur vierten Corona-Welle im November des Jahres sehr positiv. Im ersten Quartal sank das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch um 3,0 %, um dann im zweiten Quartal 2021 um 10,8 % zum Vorjahr zu wachsen. Gegen Mitte des Jahres 2021 führten steigende Energiepreise und Störungen internationaler Lieferketten dagegen zu einer unerwarteten Abschwächung der Wachstumsdynamik auf +2,8 % im dritten Quartal und zusammen mit der wieder ansteigenden Zahl an Corona-Fällen im vierten Quartal 2021 auf nur noch +1,4 % im Vergleich zum Vorjahresquartal (und damit -0,7 % zum Vorquartal). Das preisbereinigte, absolute BIP lag damit nur noch knapp unterhalb des Wertes zum Ende des Vor-Corona-Jahres 2019. Begleitet wurde diese Entwicklung durch einen deutlichen Anstieg der Inflationsraten auf über 5,0 % im vierten Quartal 2021 sowohl in Deutschland als auch in den USA. Der Ifo-Index stieg bis Juni 2021 kontinuierlich an, nur um ab Mitte des Jahres bis zum Jahresende sechs Monate in Folge von 101,7 Punkte auf 94,8 Punkte wieder zu sinken.

Die politischen Diskussionen wurden 2021 dominiert durch Themen zu Klimarisiken, der Bundestagswahl und der anschließenden Regierungsbildung sowie Entwicklungen rund um die vierte Corona-Welle. Die geplanten, staatlichen Konjunkturmaßnahmen in der EU, aber insbesondere auch in den USA, führten zu hohen Wachstumserwartungen für 2022 und einem positiven Ausblick vor allem für Infrastrukturinvestitionen. Das Wachstum des realen BIPs in Deutschland wird von Volkswirten 2022 im Durchschnitt auf 3,1 % (laut Bloomberg) geschätzt nach 2,9 % (laut statistischem Bundesamt) im Jahr 2021. Das BIP-Wachstum in den USA lag 2021 bei 5,7 %; die Erwartung für 2022 liegt im Durchschnitt bei 3,6 %. Im zweiten Quartal lag das BIP-Wachstum zum Vorquartal in den USA sogar über dem Wachstum in China und im dritten Quartal auf gleichem Niveau.

Die Entwicklung der Aktienmärkte entkoppelte sich im Laufe des Jahres mit steigenden Impfquoten in den industrialisierten Ländern zunehmend von Nachrichten zum Thema Corona-Virus bis zum starken Anstieg der Inzidenzen mit in der Folge erneuten Einschränkungen des täglichen Lebens in mehreren europäischen Ländern durch das Aufkommen der neuen Virusvariante Omikron. Bis Ende November 2021 konnten hauptsächlich Sorgen vor einer Reduktion geldpolitischer Hilfsmaßnahmen die Stimmung an den Aktienmärkten kurzfristig eintrüben. Diese Rückgänge stellten sich meist nach wenigen Tagen als Kaufgelegenheiten heraus, getrieben durch den Mangel an Investmentalternativen und der Angst, weitere Kursanstiege zu verpassen. Der deutsche Leitindex DAX stieg im Jahr 2021 auf Tagesschlusskursbasis in der Spitze (17. November 2021) um 18,5 %. Im Rest des Jahres sorgte die dramatische Zuspitzung der Corona-Lage für einen Rückgang um über 7 %. Zum

Jahresende hin entspannte sich die Lage an den Kapitalmärkten und der DAX stieg wieder um gut 5 %, so dass im Gesamtjahr – getrieben durch eine insgesamt sehr lockere Geldpolitik und mangelnde Anlagealternativen im Zinsbereich – ein Gewinn des DAX von 15,8 % erreicht wurde.

Die Stimmung am Rentenmarkt war 2021 stark beeinflusst von Sorgen über steigende Inflationszahlen sowie das Ende der lockeren US-Geldpolitik und mit Zeitverzug auch der europäischen Geldpolitik. Dementsprechend stiegen die risikofreien Zinssätze am Beispiel des 10-jährigen Euro-Swapsatzes zeitweise deutlich. Der 10-jährige Euro-Swapsatz stieg von Januar bis Mitte Mai 2021 um über 0,4 %-Punkte auf knapp 0,2 %. Durch einen Rückgang der Sorgen vor einem kurzfristigen Zurückfahren der Zentralbankkäufe und möglichen Zentralbankzinsserhöhungen sank der 10-jährige Euro-Swapsatz im August 2021 wieder auf unter -0,1 %, nur um im Oktober 2021 auf über 0,3 % zu steigen. Dieses Zinsniveau hatte auch am 31. Dezember 2021 Bestand. Analog dazu entwickelte sich die Rendite der Bundesanleihe mit zehnjähriger Laufzeit, welche im Tief im Januar 2021 bei -0,6 % lag, sich im Laufe des Jahres auf -0,1 % erholte und am Jahresende bei -0,2 % stand. Die Risikoaufschläge auf europäische Investmentgrade-Unternehmensanleihen reduzierten sich bis Mitte 2021 um knapp 0,1 %-Punkte, stiegen jedoch im November 2021 deutlich um fast 0,3 %-Punkte und erreichten zum Jahresende einen Wert nur knapp oberhalb des Jahresanfangsniveaus. Im Gesamtjahr 2021 sind die risikofreien Zinsen von Anleihen mit einer Laufzeit zwischen 8 und 15 Jahren stärker gestiegen als die langen Laufzeiten über 20 Jahre, so dass die risikofreien Zinsen z. B. bei einer Laufzeit von 40 oder 50 Jahren deutlich niedriger lagen als bei 20 Jahren. Für Langfristanleger ist dies eine herausfordernde Situation, da eine Abbildung der langen versicherungstechnischen Laufzeiten auf der Kapitalanlage-seite zu akzeptablen Renditen erschwert wird.

Die im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) organisierten 15 Pensionsfonds konnten für das Berichtsjahr an das Wachstum aus 2020 anschließen.

Die gebuchten Brutto-Beiträge sind um 26,8 % gestiegen und liegen für 2021 bei 1,32 Mrd. € (Vorjahr 1,04 Mrd. €).

Der Bestand wächst branchenweit um 6,4 % (Vorjahr 6,2 %) und umfasst damit 638.400 Personen. Davon befinden sich 70.629 Personen in der Leistungsphase, was einem Zuwachs von 13,1 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Leistungsauszahlungen beliefen sich insgesamt auf 561,9 Mio. € und stiegen damit im Vergleich zum Vorjahr um 8,3 %.

Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung 2021 war trotz der Corona-Pandemie gut.

Die Anzahl der Versorgungsverhältnisse ist im Geschäftsjahr 2021 um 8,5 % (Vorjahr 7,3 %) angewachsen. Die Beitragseinnahmen sind um 18,7 % gestiegen. An das hohe Wachstum des Vorjahres von 41,2 % aufgrund der tarifvertraglich vereinbarten Erhöhung der arbeitgeberfinanzierten Beiträge konnten wir erwartungsgemäß in 2021 nicht anschließen. Der Beitragszuwachs resultierte jedoch auch im Berichtsjahr im Wesentlichen aus der tarifvertraglichen arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung der Deutsche Bahn AG sowie der Wettbewerbsbahnen.

Die Aufwendungen für Versorgungsleistungen und den Pensionsfondsbetrieb sind nach Wegfall eines Sondereffektes aus dem Jahr 2020 dennoch um 23,8 % gestiegen (Vorjahr 41,3 %). Wesentlich für den Anstieg waren die einmaligen Abfindungs-Zahlungen bei Rentenbeginn bzw. bei Beendigung des Dienstverhältnisses sowie Aufwendungen für das neue Verwaltungssystem des Pensionsfonds, das sog. Bestands-Migrations-Projekt.

Träger des Neugeschäfts sind beitragsbezogene Pensionspläne im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG.

Das Netto-Kapitalanlageergebnis inklusive realisierter Kundenerträge laut HGB lag 2021 mit 28,9 Mio. € – wie erwartet – deutlich über dem Vorjahreswert in Höhe von 0,9 Mio. €. Der deutliche Anstieg ist auf den Wegfall der Abgangsverluste bei Kundenfonds im Vorjahr auf Grund der 2020 vorgenommenen Fondswechsel zurückzuführen. Ohne Erträge und Aufwendungen auf Rechnung der Kunden belief sich 2021 das Netto-Kapitalanlageergebnis auf 23,5 Mio. € und damit nur leicht niedriger als 2020 mit 23,6 Mio. €. Der leichte Rückgang ist auf geringere Abgangsgewinne zurückzuführen, welche auch durch die höheren laufenden Erträge, auf Grund des wachsenden Kapitalanlagebestandes und der zusätzlichen Investitionen in Realwerte, nicht kompensiert werden konnten. Das Netto-Kapitalanlageergebnis ohne Kundenerträge ist mit einem Wert in Höhe von 23,5 Mio. € (Vorjahr 23,6 Mio. €) aber nicht so stark wie erwartet gesunken, da die Abgangsgewinne trotz des Rückgangs noch höher als erwartet lagen.

Der Kapitalanlagebestand ohne Kundenfonds entwickelte sich mit einem deutlichen Anstieg von 1.167,4 Mio. € auf 1.313,3 Mio. € im Rahmen der Erwartung (Vorjahres-Prognose: Für die DEVK Pensionsfonds-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen 2021 bei deutlich steigendem Kapitalanlagebestand ein, auf Grund des Wegfalls der Effekte aus Fondswechseln, deutlich höheres absolutes Ergebnis. Ohne den Effekt aus Fondswechsel erwarten wir durch den Zinsrückgang und Wegfall außerordentlicher Erträge ein Ertragsniveau moderat unter Vorjahresniveau. Insgesamt gehen wir im Jahr 2021 von einer deutlich steigenden Nettoverzinsung inklusive der realisierten Kundenerträge im Vergleich zum Vorjahr aus.).

Der Ausbau der Realwerte innerhalb der Asset Allokation des Pensionsfonds wurde im Jahr 2021 insbesondere im Immobilienbereich fortgesetzt.

Neuzugang und Bestand

Im Berichtsjahr waren per Saldo 16.360 Zugänge im Anwärter- bzw. Rentnerbestand (Versorgungsverhältnisse auf Personenebene) zu verzeichnen (Vorjahr 12.984). Die Entwicklung entsprach den Erwartungen.

Der Anwärterbestand entwickelte sich erneut positiv. Die Anwartschaftsverträge nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 8,4 % zu (Vorjahr 6,0 %). Der Bestand umfasst 291.662 Verträge für 202.968 Personen in der Anwartschaft, davon 151.508 Männer und 51.460 Frauen (Vorjahr 271.026 Verträge, 187.273 Personen, davon 139.535 Männer und 47.738 Frauen).

Der Bestand an Versorgungsverhältnissen im Rentenbezug stieg um 14,6 % (Vorjahr 10,1 %) auf 5.224 (Vorjahr 4.559). Der überwiegende Anteil der Versorgungsempfänger entscheidet sich für die vorzeitige Inanspruchnahme der Altersrente zum 63. Lebensjahr.

Ca. 93 % des Bestandes (Vorjahr 97 %) und 78 % des Neugeschäfts (Vorjahr 98,3 %) resultieren aus Versorgungszusagen im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen und aus Entgeltumwandlung von Mitarbeitern der Deutsche Bahn AG. Die Veränderung ergibt sich aus der Zunahme des Anteils der tarifvertraglichen arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung der Wettbewerbsbahnen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Pensionsfondstechnisches Ergebnis vor Beitragsrückerstattung	13.572	11.546	2.026
Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen	12.214	10.511	1.703
Nichtpensionsfondstechnisches Ergebnis	-1080	-802	-278
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	278	233	45
Steuern	78	33	45
Gewinnabführung	200	200	-
Jahresüberschuss	-	-	-
Einstellung in die gesetzliche Rücklage	-	-	-
Bilanzgewinn	-	-	-

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Beiträge nahmen um 40,9 Mio. € zu und belaufen sich per Jahresultimo auf 259,6 Mio. € (Vorjahr 218,7 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahreswert bedeutet dies einen Anstieg um 18,7 % (Vorjahr 41,2 %). Der Beitragszuwachs resultiert im Wesentlichen aus der tarifvertraglichen arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung der Deutsche Bahn AG sowie der Wettbewerbsbahnen.

Versorgungsfälle

Die Aufwendungen für Versorgungsfälle lagen für das Kalenderjahr 2021 mit 44,4 Mio. € um 8,4 Mio. € über dem Vorjahr (36,0 Mio. €). Wesentlich für den Anstieg sind die einmaligen Abfindungs-Zahlungen bei Rentenbeginn bzw. bei Beendigung des Dienstverhältnisses.

Im Jahr 2021 nutzten ca. 37 % der neuen Altersrentner die mögliche Teilkapitalauszahlung von bis zu 30 % bei Rentenübergang.

Kosten

Die Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb betragen insgesamt 5,2 Mio. € (Vorjahr 4,0 Mio. €). Davon entfielen 2,9 Mio. € auf Verwaltungsaufwendungen (Vorjahr 2,2 Mio. €). Die Kostensteigerung ist dem derzeit durchgeführten Bestands-Migrations-Projekt geschuldet und daher vorübergehender Natur.

Kapitalerträge

Das Netto-Kapitalanlageergebnis inklusive realisierter Kundenerträge betrug im Berichtsjahr 28,9 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €); dies entspricht einem deutlichen Anstieg und war durch den Wegfall der Effekte aus den Fondswechseln im Vorjahr so erwartet worden. Ohne Kundenerträge lag das Netto-Kapitalanlageergebnis bei 23,5 Mio. € (Vorjahr 23,6 Mio. €) und damit trotz des starken Wachstums der Gesellschaft leicht unter Vorjahr. Dieser Rückgang ist jedoch geringer als erwartet und auf eine Verringerung der außerordentlichen Abgangsgewinne zurückzuführen. Die Nettoverzinsung ohne Kundenerträge lag mit 1,9 % nach 2,2 % deutlich unter dem Vorjahreswert.

Steuern

Auf Grund des im Jahr 2013 geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG wurde eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft hergestellt.

Steuern vom Einkommen und Ertrag resultierten aus ausländischer Quellensteuer und aus den Bestimmungen des § 36a EStG. Bei den sonstigen Steuern handelt es sich zum überwiegenden Teil um Lohnsteuer.

Geschäftsergebnis und Gewinnverwendung

Der Rohüberschuss betrug im Berichtsjahr 12,4 Mio. € (Vorjahr 10,7 Mio. €). Hiervon wurden 12,2 Mio. € (Vorjahr 10,5 Mio. €) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Damit wurden 98,4 % (Vorjahr 98,1 %) des Rohüberschusses für die Überschussbeteiligung der Versorgungsberechtigten verwendet.

Auf Grund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags wurden 200 Tsd. € an die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG abgeführt (Vorjahr 200 Tsd. €).

Finanzlage des Unternehmens

Cashflow

Die für die laufenden Zahlungsverpflichtungen erforderliche Liquidität ist durch eine rollierende Liquiditätsplanung gewährleistet, die die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung der folgenden zwölf Monate berücksichtigt. Der Gesellschaft fließen durch laufende Beitragseinnahmen, Kapitalanlageerträge und den Rückfluss von Kapitalanlagen laufend liquide Mittel zu. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit, das heißt der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug im Geschäftsjahr 138,4 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden ausschließlich durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Solvabilität

Bei den Eigenmitteln, die gemäß § 238 VAG zur dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen nachzuweisen sind, ist eine deutliche Überdeckung gegeben.

Vermögenslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Kapitalanlagen	1.313.307	1.167.447	145.860
Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitnehmern	523.425	366.061	157.364
Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft	539	525	14
Sonstige Forderungen	12	2.682	-2.670
Zahlungsmittel	522	37	485
Übrige Aktiva	4.759	3.281	1.478
Gesamtvermögen	1.842.564	1.540.033	302.531
Eigenkapital	14.334	14.334	-
Pensionsfondstechnische Rückstellungen	1.296.446	1.155.746	140.700
Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern	523.425	366.061	157.364
Andere Rückstellungen	527	518	9
Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft	1.421	2.693	-1.272
Übrige Passiva	6.411	681	5.730
Gesamtkapital	1.842.564	1.540.033	302.531

Der Zuwachs der Pensionsfondstechnischen Rückstellungen ist im Wesentlichen auf Beitragseinnahmen innerhalb des Geschäftsjahres zurückzuführen.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds betragen zum Jahresende 1.313,3 Mio. € (Vorjahr 1.167,4 Mio. €). Hinzu kommen 523,4 Mio. € an Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Investmentfonds (Vorjahr 366,1 Mio. €). In dem deutlichen Anstieg des Kapitalanlagebestandes schlagen sich erwartungsgemäß die Entwicklung der Beitragseinnahmen positiv nieder. Durch Anpassung der Anlagepolitik wuchsen 2021 die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern überproportional. Diese Entwicklung wird auch 2022 Bestand haben.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit¹

Die Kundenzufriedenheit ist für die DEVK das oberste strategische Ziel. Deshalb analysiert die DEVK jährlich die Zufriedenheit der eigenen Kunden.

Hierfür wird eine Versicherungsmarktstudie zugrunde gelegt, die die Kundenzufriedenheit von 23 Top-Serviceversicherern in Deutschland anhand einer Punkteskala abbildet. Entwicklungen im Zeitablauf und im Mitbewerbersvergleich werden hierdurch anschaulich messbar. Im Hinblick auf die Gesamtzufriedenheit belegt die DEVK aktuell Platz 4. Als Ziel für die Kundenzufriedenheit hat sich die DEVK für die kommenden Jahre die Erreichung des ersten Platzes gesetzt.

Kundenzufriedenheitsindex		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Punkte	Punkte
Ist	761	749
Ziel	753	749

Für 2022 wurden als Zielwert 766 Punkte festgelegt.

Mitarbeiterzufriedenheit¹

Der DEVK ist die Meinung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig. Die Zufriedenheit und das Engagement der Mitarbeitenden mit ihrem Arbeitskontext sowie mit ihren Führungskräften, Kolleginnen und Kollegen, Aufgaben sowie der Unternehmenskultur ist das Herzstück der Arbeitgeberattraktivität.

Die im Herbst 2021 durchgeführte Mitarbeiterbefragung stand weiterhin unter dem Einfluss der Corona-Pandemie. Auch die hohe Arbeitsbelastung im Schadenbereich auf Grund der Flutkatastrophe dürfte sich ausgewirkt haben. Im Ergebnis zeigt sich weiterhin eine ausgesprochen positive Zufriedenheit bei den Mitarbeitenden. Die DEVK hat es mit ihrem Krisenmanagement verstanden, ihren Mitarbeitenden mit den richtigen Maßnahmen Sicherheit zu bieten und damit für eine hohe Zufriedenheit zu sorgen.

Mitarbeiterzufriedenheitsindex		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Punkte	Punkte
Ist	791	817
Ziel	793	777

Für 2022 wurden 791 Punkte als Zielwert festgelegt.

Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2021 zufriedenstellend entwickelt.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Dem DEVK-Pensionsfonds bieten sich auf Grund seiner Nähe zu den führenden Teilnehmern des Verkehrsmarktes weiterhin Wachstumsmöglichkeiten.

Durch die stetige Produktentwicklung in Zusammenarbeit mit unseren Gremien, einerseits im Hinblick auf die bestehenden Anforderungen unserer Versorgungsberechtigten und Vertragspartner sowie andererseits im Hinblick auf die Finanzierbarkeit und Kapitalanlage, erwarten wir auch künftig ein leichtes Wachstum und eine Ausweitung unserer Geschäftstätigkeit.

Für das Geschäftsjahr 2022 rechnen wir trotz der immer noch anhaltenden Corona-Pandemie mit einem leicht positiven Neugeschäft über dem Vorjahresniveau. Dieses resultiert vornehmlich aus der tarifvertraglich vereinbarten betrieblichen Altersversorgung der Deutsche Bahn AG und der Wettbewerbsbahnen.

Wir gehen davon aus, dass die Beitragseinnahmen 2022 nur leicht über dem Vorjahr liegen, da derzeit keine Sondereffekte aus Tarifvertragsveränderungen der Deutsche Bahn AG zu erwarten sind.

Für die Aufwendungen für Versorgungsfälle rechnen wir 2022 im Saldo mit einem leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Dies resultiert aus dem wachsenden Rentnerbestand und der steigenden Anzahl der Rentenübergänge zum 63. Lebensjahr auf der einen Seite und der Möglichkeit, Rentenzahlungen bis zu einer bestimmten Höhe gegen einmalige Zahlungen abzufinden auf der anderen Seite.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Jahren hängt stark von dem weiteren Verlauf der Corona-Pandemie ab, in zunehmendem Maße aber auch von der Inflations- und Zinsentwicklung im Zuge der wirtschaftlichen Normalisierung. Entscheidend wird insbesondere die Frage werden, ob gefährliche neue Virusvarianten auftreten und inwieweit Impfstoffe sich dagegen als wirksam erweisen werden. Als weitere Faktoren kommen die Weiterentwicklung bezüglich der Lieferkettenschwierigkeiten, die Veränderung der Notenbankpolitik sowie das Risiko einer Ausweitung des Krieges in der Ukraine bzw. der Kriegsfolgen hinzu. Insbesondere die Auswirkungen der Ukrainekrise sind mit großer Unsicherheit behaftet. Diese Unsicherheit betrifft auch die zukünftige Entwicklung der Kapitalanlagen der DEVK. Neben direkten Auswirkungen auf russische Unternehmen gehen wir auch von indirekten Effekten auf Unternehmen mit Russlandbezug, sei es über Zulieferer oder Kunden, aus. Das Ausmaß dieser Effekte ist kaum abschätzbar, da dieses in hohem Maße von der Härte der verhängten Sanktionen der USA und EU sowie deren Dauer abhängt. Gas- und Erdölpreise sind im Zuge der Ukrainekrise bereits deutlich gestiegen. Die Wahrscheinlichkeit für eine echte Versorgungsknappeit von Gas und Erdöl in Deutschland schätzen wir aktuell als gering ein, diese ist aber auch nicht auszuschließen und würde signifikanten Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa haben.

Ein großer Teil der erwarteten weiteren wirtschaftlichen Erholung war Anfang 2022 an den Kapitalmärkten vermutlich bereits vorweggenommen worden. Ein mögliches Ende der lockeren Geldpolitik hingegen war wohl nicht voll eingepreist. Durch die Verschärfung der Ukrainekrise ist ein weiterer Faktor hinzugekommen. Die Aktienbewertungen sind im Februar 2022 deutlich gesunken, inwieweit dieser Rückgang nachhaltig ist, lässt sich kaum voraussagen. Daraus ergeben sich zukünftige Risiken an den Kapitalmärkten, so dass mit hohen Volatilitäten zu rechnen ist. Angesichts der hohen Staatsverschuldungen und der unsicheren weiteren wirtschaftlichen

Entwicklung erwarten wir kurz- bis mittelfristig kein extrem steigendes Zinsniveau trotz der teilweise bereits gesenkten Aufkaufprogramme der Zentralbanken weltweit und vereinzelt bereits steigender Notenbankzinssätze sowie der Ansage der amerikanischen Fed, ihr Anleihekaufprogramm im März zu beenden und mit Zinserhöhungen zu starten. So sind die sehr langfristigen Zinsen bisher auch kaum gestiegen bzw. wie in den USA zuletzt sogar leicht gesunken.

Wichtige wirtschaftliche Frühindikatoren, wie Einkaufsmanagerindizes, sind im Jahr 2021 ab Mitte des Jahres gesunken. Der ifo-Konjunkturindex für Deutschland erreichte im Juni 2021 mit 101,7 Punkten ein Hoch und sank danach in jedem weiteren Monat des Jahres 2021 auf zum Jahresende 94,8 Punkte und erholte sich im Januar 2022 nur leicht. Die berichteten Unternehmensergebnisse waren im Jahr 2021 jedoch grundsätzlich positiv ausgefallen. Dadurch haben sich die Bewertungsniveaus an den Aktienmärkten wieder etwas verringert, liegen aber immer noch über ihrem langjährigen Durchschnitt. Die globale Konjunktur steuert nach Prognosen der Weltbank 2022 nach der 2021er Erholung um 5,9 % auf ein Wirtschaftswachstum von 4,1 % zu. Die chinesische Führung hat 2021 (BIP-Wachstum: 8,1 %) vermehrt in die Wirtschaft eingegriffen und damit die Wirtschaft insgesamt stärker reguliert sowie Investitionen in Unternehmen (z. B. im Rahmen von Private Equity-Fonds) erschwert. Dies dürfte für die Zukunft wachstumsdämpfend wirken. Für 2022 und 2023 erwarten Volkswirte laut Bloomberg durchschnittlich jeweils ein Wachstum von nur noch jeweils 5,2 % zum Vorjahr. Gerade für exportgetriebene Länder wie Deutschland würde dies einen Wachstumsdämpfer darstellen.

Insgesamt ist die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Kapitalmärkte auch im Jahr 2022 als sehr hoch und stark abhängig vom weiteren Infektionsgeschehen, dem Verhalten der Notenbanken sowie den Spannungen rund um den Krieg in der Ukraine zu bezeichnen. Sollte es nicht zu einem schnellen Absinken der Inflationsraten kommen, könnte eine – vielfach befürchtete – Lohn-Preis-Spirale und damit ein nachhaltiger und deutlicher Inflationsanstieg als erwartet drohen. Für die Kapitalanlagen eines Versicherers bedeutet dies, dass sich an dem grundsätzlichen Renditevorteil von Realwerten im Vergleich zu Anleihen 2022 nichts ändern dürfte, aber auch dass mit erhöhten Volatilitäten zu rechnen ist.

Für die DEVK Pensionsfonds-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen 2022 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand ein, auf Grund steigender Ausschüttungen der Kundenfonds und der gestiegenen Investments in Realwerte, deutlich höheres absolutes Ergebnis. Ohne Kundenerträge erwarten wir durch die immer noch marktweit vorherrschenden niedrigen Zinsen und Rückgang außerordentlicher Erträge ein Brutto-Ertragsniveau leicht unter Vorjahresniveau. Insgesamt gehen wir im Jahr 2022 von einer deutlich sinkenden Nettoverzinsung ohne Kundenerträge im Vergleich zum Vorjahr aus.

Aus dem Rohüberschuss erwarten wir 2022 ein Ergebnis in der Größenordnung von 12,0 Mio. € und rechnen damit, auch im kommenden Jahr an die Ergebnisse der Vorjahre anschließen zu können.

Im Geschäftsjahr 2022 strebt die DEVK eine weitere Verbesserung der Kundenzufriedenheit an. Der zur Messung verwendete Index soll von 761 Punkten (Istwert 2021) auf 766 Punkte gesteigert werden.

Bezüglich der Mitarbeiterzufriedenheit hat sich die DEVK einen Indexwert von 791 Punkten als Ziel gesetzt. Das Ziel entspricht damit dem auf hohem Niveau liegenden Istwert 2021.

Chancenbericht

Auch im Jahr 2022 steht der Verkehrsmarkt im Fokus der DEVK-Gesellschaften. Der im Mai 2021 durchgeführte digitale „Kickoff Verkehrsmarkt“ hat Mitarbeitenden sowie auch Kundinnen und Kunden gezeigt, dass die DEVK im Verkehrsmarkt mehr kann als Versicherung. Wir sind gern gesehener Partner zu unterschiedlichen Fragen wie Sicherheit, Gesundheit und Versorgung. Die im Jahr 2021 begonnenen Diskussionsrunden unter dem Titel „Verkehrsmarkt kompakt“ werden wir 2022 weiterführen, um unseren Mitarbeitenden Hintergründe aus dem Bereich des Verkehrsmarktes noch näher zu bringen. Ziel ist, das zukünftig weiter wachsende Kundenpotenzial zu identifizieren und daraus möglichst viele neue Kundinnen und Kunden zu gewinnen. Weiterhin werden wir unseren im Oktober 2021 neu gewählten Mitgliedervertreterinnen und -vertretern das Unternehmen DEVK näher bringen und sie aktiv in kommende vertriebliche Maßnahmen, aber auch in andere Bereiche, wie z. B. die Produktentwicklung, einbeziehen.

Für die Kapitalanlagen sehen wir im Jahr 2022 neben Risiken auch Chancen insbesondere auf Grund der – Prognosen von Volkswirten zufolge – teilweise von 2021 in das Jahr 2022 verschobenen konjunkturellen Erholung. Sollte die Corona-Welle des Winters 2021/2022 durch Booster-Impfungen und Kontaktbeschränkungen schnell abebben und sich die Lage auf den Intensivstationen nachhaltig erholen, dürfte das Wirtschaftswachstum 2022 in Europa über dem aus 2021 liegen. Zudem könnte sich der Inflationsanstieg des Jahres 2021 wieder normalisieren, wenn Sondereffekte, bestehend aus einer Störung der Lieferketten, Energiepreisanstiegen, Corona-bedingt aufgestauter Nachfrage sowie einem Basiseffekt aus der wieder angehobenen Mehrwertsteuer in Deutschland, entfallen. Dies könnte den Anstieg des Zinsniveaus zumindest in Europa beschränken und würde ein positives Szenario für den Aktienmarkt und Rentenmarkt darstellen sowie damit zu weiteren Wertsteigerungen von Realwerten führen.

Ein möglicher (moderater) Wertverlust des Euros zu anderen Währungen, wie bereits 2021 geschehen, stellt für die Kapitalanlagen der DEVK auf Grund von Fremdwährungsgewinnen eine weitere Chance im Jahr 2022 dar. Fluchtwährungen wie der US-Dollar oder der Schweizer Franken sowie bonitätsstarke Anleihen wie Bundesanleihen könnten in einem positiven konjunkturellen Umfeld dagegen an Wert verlieren. Werden diese Papiere jedoch bis Endfälligkeit gehalten, wirkt sich dies auf Grund der nicht dauerhaften Wertminderung nicht direkt auf die Ertragslage der DEVK aus (Ausnahme bei Fremdwährungsverlusten). Die DEVK rechnet für 2022 mit einer volatilen Seitwärtsbewegung an den Aktienmärkten. Allerdings dürften davon nicht alle Branchen gleichermaßen betroffen sein. Der geplante Ausbau von Realwerten im Portfolio erhöht mittelfristig die Ertragschancen der Kapitalanlage.

Risikobericht

Gemäß § 289 Abs. 1 HGB und den Anforderungen des § 26 VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (MaGo für EbAV) entsprechend, wird an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Risikomanagementsystem

Der Vorstand eines Pensionsfondsunternehmens ist nach § 26 Abs. 1 VAG in Verbindung mit § 234c VAG für die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagements verantwortlich. Die Grundlagen des Risikomanagements sowie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind innerhalb der DEVK in der Risikostrategie sowie den Solvency II-Leitlinien zum Risikomanagement geregelt.

Die Risikomanagementfunktion (RMF) und das zugehörige Risikomanagementsystem wurden gemäß den Solvency II-Anforderungen ausgerichtet. Die Risikomanagementfunktion wurde als Schlüsselfunktion in einer zentralen Einheit etabliert. Unterstützt wird die Risikomanagementfunktion durch dezentrale Risikomanagementeinheiten (z. B. Rückversicherung, Kapitalanlagen). Hierzu findet ein regelmäßiger Austausch, nicht zuletzt durch das Gremium der dezentralen Risikorunde/des Risikokomitees, statt. Das Risikomanagementsystem verfügt somit sowohl über eine zentral organisierte Einheit, deren Aufgabe es ist, das Risikomanagement übergreifend über alle Risikokategorien sicherzustellen, als auch über dezentrale Risikomanagement-Einheiten, die mit ihrem Spezialwissen die Risikosituationen vor Ort betrachten. Die operative Risikoverantwortung der Fachbereiche sowie die Verantwortung des Vorstands bleiben hiervon unberührt. Die RMF verantwortet die Methoden und Verfahren des Risikomanagements und ist für die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des unternehmensweiten Risikomanagementsystems zuständig. Sie übernimmt die Koordinationsfunktion und unterstützt die Risikoverantwortlichen in den Fachbereichen.

Kernelemente zur Steuerung der Risiken der DEVK sind das Risikotragfähigkeitskonzept und das Limitsystem. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt eine ausreichende Hinterlegung von Eigenmitteln für alle wesentlichen Risiken sicher. Es dient dazu, den Risikoappetit des Unternehmens abzubilden und zu operationalisieren. Dafür werden für die wesentlichen Risiken („Marktrisiko“, „versicherungstechnisches Risiko“ und „Ausfallrisiko“) Grenzwerte bestimmt, um die Zielbedeckungsquote der Unternehmen für ein vordefiniertes Sicherheitsniveau sicherzustellen. Dadurch werden den genannten Risiken jährlich neue Maximalgrenzen für das jeweilige Risikokapital zugeordnet.

Zur Operationalisierung der Risikosteuerung wird innerhalb der DEVK ein Limitsystem als Überwachungssystem zu frühzeitiger Risikoidentifikation und –bewertung eingesetzt. Die Limitauslastung wird in Form von Risikokennzahlen dargestellt.

Zusätzlich wird halbjährlich eine umfassende Risikoinventur durchgeführt. Die Risiken werden strukturiert mit Hilfe einer Softwarelösung erhoben und nach Risikokategorien unterteilt. Die Risiken werden soweit wie möglich quantifiziert. Die zur Risikosteuerung notwendigen Maßnahmen werden erfasst. Zudem werden Risiken ad hoc betrachtet, sofern sie wesentlich sind.

Mit Hilfe von Risikotragfähigkeitskonzept, Limitsystem und Risikoinventur kann unmittelbar und angemessen auf Entwicklungen reagiert werden, die für die DEVK ein Risiko darstellen. Wirksamkeit und Angemessenheit werden durch die interne Revision überwacht.

Die Risikolage der Einzelunternehmen und des Konzerns wird quartalsweise anhand des Risikoberichts in der dezentralen Risikorunde sowie im Risikokomitee erörtert. Hierbei werden die als wesentlich identifizierten Risiken, die Limitauslastungen und die aktuellen Risikotreiber berücksichtigt. Anschließend wird den jeweils verantwortlichen Vorständen im Rahmen einer Vorstandsvorlage der Risikobericht vorgelegt.

Erstmals wurde zum Stichtag 31. Dezember 2020 der Bericht zu Eigenen Risikobeurteilung (ERB) erstellt.

EbAV-II-Richtlinie

Die Vorschriften der Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV-II-Richtlinie) sowie der aus der Neufassung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) abgeleiteten Informationspflichten-Verordnung werden in den Standard-Prozessen des Unternehmens

berücksichtigt. Zu den Vorschriften gehört u.a. die Anzeigen von Schlüsselfunktionen, die Berücksichtigung von Änderungen in den Gruppen-Leitlinien, Anforderungen an das Vergütungssystem, das veränderte Meldewesen gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Bundesbank sowie Anforderungen an die Anlagepolitik und erweiterte Informationspflichten gegenüber Kunden.

Pensionsfondstechnische Risiken

In einem Pensionsfonds sind dies im Wesentlichen das biometrische Risiko, das Zinsgarantierisiko (Mindestleistung) und das Kostenrisiko.

Das biometrische Risiko besteht darin, dass sich die in den Pensionsplänen verwendeten Rechnungsgrundlagen, z. B. Sterbewahrscheinlichkeiten, im Laufe der Zeit verändern.

Für laufende Leistungen wird seit dem Jahr 2014 zur Stärkung der Sicherheitsmargen eine biometrische Nachreservierung vorgenommen. Für neu beginnende Leistungen werden Sterbetafeln mit höheren Sicherheiten verwendet, so dass dem Langlebigerkeitsrisiko angemessen Rechnung getragen wird. Besonderheiten der Teilbestände werden dabei gesondert berücksichtigt. Die ansonsten verwendeten Wahrscheinlichkeitstabellen enthalten nach heutiger Sicht ausreichende Sicherheitsmargen.

Mit Einführung von Unisex-Tarifen im Jahr 2013 ist die Bestandszusammensetzung nach Geschlecht (Mischungsverhältnis) zum weiteren Kalkulationsparameter geworden. Das Mischungsverhältnis wurde vorsichtig gewählt, wird regelmäßig überprüft und enthält nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars ausreichende Sicherheitsmargen.

Das Zinsgarantierisiko besteht darin, dass die in den Pensionsplänen garantierten (Mindest-) Leistungen auf Grund eines sehr niedrigen Zinsniveaus nicht mehr finanziert werden können.

Im Geschäftsjahr 2021 erhöhte sich die Zinszusatzreserve um 239 T€ auf 549 T€. Der maßgebliche Referenzzins beträgt zum 31. Dezember 2021 1,57 %, sodass die Bildung einer Zinszusatzreserve für Verträge mit einem Garantiezins von mindestens 1,75 % erforderlich war. Wir gehen davon aus, dass diese zusätzliche Deckungsrückstellung in den kommenden Jahren weiter ansteigen wird.

Zurzeit liegen ausreichende Sicherheitsmargen vor. Wir gehen davon aus, dass – aus heutiger Sicht – auch zukünftig ausreichende Sicherheitsspannen gegeben sind.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass in diesem sowie auch in den vergangenen Jahren hohe Kapitalanlageergebnisse erzielt worden sind, so dass die freien Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung einen weiteren Puffer darstellen.

Durch eine sorgfältige Produktentwicklung und ständige aktuarielle Verlaufsanalysen wird regelmäßig sichergestellt, dass die verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessen sind und ausreichende Sicherheitsmargen enthalten. Darüber hinaus ist ein zusätzliches Ausgleichs- und Stabilisierungspotenzial durch die freien Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gegeben.

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten die rechnermäßigen Kosten übersteigen oder die anwartschaftlichen Vertragsguthaben nicht zur Deckung der garantierten Leistungen sowie der rechnungs-

mäßigen Kosten ausreichen. Für Verträge in der Anwartschaft ist auf Grund der vertraglichen Regelungen sowie den kollektiven Sicherungsmechanismen weitestgehend davon auszugehen, dass die tatsächlichen Kosten voraussichtlich auf Dauer gedeckt werden können. Die Absenkung des Höchstrechnungszinses führt in einigen Fällen dazu, dass diese Deckung gefährdet ist. Die hiervon betroffenen Tarife werden überarbeitet und alsbald abgelöst. Für Alt-Verträge mit laufender Rentenzahlung wird seit 2013 eine Kostennachreservierung vorgenommen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass aus Verträgen mit laufender Rentenzahlung langfristig ausreichende Kosteneinnahmen generiert werden. Zur Bedeckung temporär erhöhter tatsächlich anfallender Kosten, die durch die rechnungsmäßigen Kosten nicht ausgeglichen werden, wird seit dem Jahr 2021 eine pauschale Kostennachreservierung gebildet.

Die Kostensituation der DEVK Pensionsfonds-AG wird auch zukünftig intensiv beobachtet und analysiert werden, dies gilt insbesondere hinsichtlich der Wechselwirkungen zwischen Zinsgarantie- und Kostenrisiko.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft ergeben sich aus Forderungen gegenüber Versorgungsberechtigten und Vermittlern nicht.

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Marktpreisentwicklungen, insbesondere Zins-, Aktien-, Immobilien- oder Wechselkursrisiken,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Im Bereich der Kapitalanlagen wurden die Vorschriften der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV) zu Grunde gelegt. Kurs- und Zinsrisiken wird durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Darüber hinaus beschränken wir das Bonitätsrisiko bzw. das Konzentrationsrisiko durch strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten, so dass keine existenzgefährdenden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern bestehen. Durch eine Anlehnung der Fälligkeitsstruktur der Zinsanlagen an die Verpflichtungen ist ein ausreichender Liquiditätszufluss gewährleistet. Die geplante Beimischung von Realwerten, insbesondere Immobilien mit einem zinsähnlichen Zahlungsprofil, wird zukünftig neben den Ertragschancen die Diversifikation innerhalb der Kapitalanlagen erhöhen. Allerdings kann bei Realwerten die Höhe der jährlichen Ausschüttungen schwanken, zudem besteht kein fester Rückzahlungsbetrag; das Risiko der Kapitalanlagen steigt somit auch.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 haben wir einen eigenen Kapitalanlagestresstest durchgeführt. Der Kapitalanlagestresstest überprüft, ob der Pensionsfonds trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf den Kapitalmärkten in der Lage ist, die gegenüber den Kunden eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Kapitalanlagestresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für den Pensionsfonds. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird eine negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt unterstellt.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestehen Ende 2021 die folgenden Maßnahmen:

- Ausrichtung der Kapitalanlagen anhand der Fristigkeit der passivseitigen Verpflichtungen
- Währungskongruente Refinanzierungen im Bereich der indirekten Immobilieninvestments
- Möglichkeit zum Hedging von Währungsrisiken über Devisentermingeschäfte

Signifikante Liquiditätsrisiken liegen auf Grund der besonderen Konstruktion des Pensionsfonds nicht vor. Eine detaillierte mehrjährige Kapitalanlageplanung wird regelmäßig erstellt.

Zinsblock

Per 31. Dezember 2021 beträgt der Zinsblock des Pensionsfonds 1.223,7 Mio. €. Insgesamt sind 790,7 Mio. € als direkt gehaltene Inhaberpapiere und auf eigene Rechnung gehaltenen Rentenfonds bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Im Zinsblock enthalten sind reine Rentenfonds, die vorgehalten werden, um hieraus den Anspruchsberechtigten bei Beitragseingang die entsprechenden Fondsanteile in den Anlagestock abgeben zu können (Pufferdepot). Inhaberpapiere im Volumen von 776,5 Mio. € haben wir dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und etwaige Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt werden. Diese Kapitalanlagen weisen eine positive Bewertungsreserve in Höhe von 173,9 Mio. € aus. Darin enthalten sind stille Lasten in Höhe von 7,0 Mio. €. Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/-1 %-Punkt bedeutet eine Wertveränderung von -205,5 Mio. € bzw. 250,3 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf unsere Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil unserer Zinsanlagen in – dem Anlagevermögen gewidmeten – Inhaberschuldverschreibungen oder zum Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des Marktzins auf Grund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Im Übrigen weisen die Wertpapiere aktuell stille Reserven aus, die zunächst abgebaut würden. Ausnahme hiervon sind Wertverluste auf Grund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten. Die kurzfristigen massiven Ausweitungen der Risikozuschläge zu Beginn der Corona-Pandemie in Europa verdeutlichen dies. Zum Ende des Jahres 2021 lagen diese nur leicht oberhalb des Vor-Corona-Niveaus von Ende 2019. Wie schon 2021 zu beobachten war, sind ansteigende Risikozuschläge infolge von Bonitätsverschlechterungen in einer wirtschaftlichen Abschwächung, infolge einer Erwartung steigender Zinsen oder einer Aktienmarktkorrektur, 2022 möglich.

Die Kapitalanlage für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds orientiert sich an den Laufzeiten der Passivseite (Durationsmatching) und besteht zum großen Teil aus Staatsanleihen (48,1 %). Weitere 38,7 % der Kapitalanlagen bestehen bei Kreditinstituten und 6,4 % bei Unternehmen. Investitionen in Anleihen europäischer Peripherieländer liegen nicht vor. Anleihen von Emittenten aus Russland und der Ukraine sind nicht im Direktbestand oder in durchgeschauten Spezialfonds vorhanden. In der Neuanlage wird aktuell mehrheitlich in Bank- sowie Unternehmensanleihen investiert.

Unsere Zinsanlagen weisen folgende Ratingverteilung auf (Vorjahr):

Ratingverteilung		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
AA und besser	88,2 %	87,7 %
A	11,8 %	12,0 %
BBB	0,0 %	0,3 %
BB und schlechter	0,0 %	0,0 %

Der Anteil an Ratings des Pensionsfonds im Bereich „AA und besser“ stieg gegenüber dem Vorjahr leicht, die Anlage in der Ratingklasse „A“ ist dagegen gesunken. In der Wiederanlage wurden ausschließlich Anleihen mit hoher Bonität gekauft. Die Risikolage im Bereich des Kreditrisikos hat sich ausgehend von einem bereits sehr niedrigen Niveau im Vergleich zum Vorjahr leicht verringert. Wir werden auch zukünftig bei Neu- und Wiederanlagen weiterhin nahezu ausschließlich in Zinspapieren hoher Bonität investieren.

Aktienanlagen

Am Bilanzstichtag waren zu Buchwert 4,6 Mio. € (Vorjahr 2,4 Mio. €) in Aktienfonds investiert, die vorgehalten werden, um hieraus den Anspruchsberechtigten bei Beitragseingang die entsprechenden Fondsanteile in den Anlagestock abgeben zu können (Pufferdepot). Zusätzlich wurde 2021 der direkte Aktienbestand, welcher 2020 für Kunden in der Rentenphase zur langfristigen Ertragssteigerung aufgebaut wurde, von 4,7 Mio. € auf 5,1 Mio. € erhöht. Die Bewertungsreserven auf diesen Aktien betragen zum 31. Dezember 2021 1,3 Mio. € (Vorjahr 0,7 Mio. €). Zudem verfügt die Gesellschaft seit 2020 über einen ersten Bestand an indirekten Private Equity-Investitionen mit Ende 2021 einem Volumen in Höhe von 4,4 Mio. €.

Bei einer Marktveränderung von 20 % verändert sich der Wert unseres Aktienportfolios um 2,2 Mio. €. Der deutsche Aktienindex hat sich inklusive Dividenden im Jahr 2021 positiv entwickelt, der europäische Aktienindex ist sogar noch etwas stärker gestiegen. Die Schwankungen innerhalb des Jahres waren z. T. hoch. Mittelfristig erwarten wir eine positive Entwicklung, allerdings unter zum Teil hohen Volatilitäten. Auf Grund der niedrigen Aktienquote der Gesellschaft wurde der Rückgang der Aktienkurse im Zuge der Ukraine-Krise für einen leichten Aufbau der Aktienquote genutzt. Eine Investition in russischen oder ukrainischen Aktien liegt nicht vor.

Immobilien

Erstmals erfolgte 2020 eine Investition in Immobilienfonds. Die Gesellschaft hat hier 2020 30,2 Mio. € angelegt. Bis Ende 2021 erhöhte sich der Wert auf 75,5 Mio. €, davon 10,4 Mio. € in Immobilien-Spezialfonds und 65,1 Mio. € in Grundstücksbeteiligungen. Ein weiterer Ausbau der Immobilienanlagen ist geplant. Bei Immobilienfonds kommt neben dem allgemeinen Immobilienrisiko z. T. noch ein Währungsrisiko hinzu, welches teilweise über währungskongruente Finanzierung und Währungs-Forwards abgesichert wird. Auswirkungen aus einem möglichen Abschwung am Immobilienmarkt, insbesondere Büroimmobilienmarkt, werden durch vorhandene stille Reserven auf den Immobilien, Diversifizierung, Fokus auf sehr gute Lagen und möglichst langfristige Mietverträge mit Mietern guter Bonität begrenzt.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, Versagen technischer Systeme, externen Einflussfaktoren, mitarbeiterbedingten Vorfällen und Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen. Ein wirksames Risikomanagement der operationellen Risiken wird durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems (IKS) sichergestellt. Außerdem liegt das besondere Augenmerk der halbjährlich durchgeführten Risikoinventur auf den operationellen Risiken. Die Angemessenheit und Wirksamkeit der internen Kontrollen werden durch die Interne Revision überwacht.

Die Arbeitsabläufe der DEVK erfolgen auf der Grundlage innerbetrieblicher Leitlinien. Das Risiko mitarbeiterbedingter Vorfälle wird durch Berechtigungs- und Vollmachtsregelungen sowie eine weitgehend maschinelle Unterstützung der Arbeitsabläufe begrenzt.

Im IT-Bereich sind Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen getroffen, die die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs gewährleisten. Die IT-Infrastruktur ist für das Katastrophenfall-Szenario redundant ausgelegt. Wiederanlauf-Tests werden regelmäßig durchgeführt. Die Verbindung zwischen den internen und externen Netzwerken ist dem aktuellen Standard entsprechend geschützt. Zudem werden Cyberrisiken im Handlungsfeld „Informationssicherheit“ der IT-Strategie berücksichtigt. Im Rahmen der strategischen Initiative „Digitalisierung nutzen“ sieht die IT-Strategie der DEVK eine weitgehende Transformation der Anwendungslandschaft in die Cloud vor.

Die Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sind weiterhin sowohl im Kundenkontakt als auch im Innendienst spürbar. Das bereits im Rahmen der Risikoinventur dokumentierte Pandemie-Risiko wurde zu Beginn der Corona-Pandemie neu bewertet. Es wurde ein Krisenstab eingerichtet, der regelmäßig tagt. Verhaltens- und Hygienemaßnahmen wurden intensiviert und Geschäftsreisen eingeschränkt. Der Anteil von Homeoffice wurde erheblich ausgeweitet. Für den Fall einer Schließung eines Geschäftsgebäudes ist vorgesehen, dass vollständig auf Homeoffice-Arbeitsplätze und verfügbare Regionaldirektionen ausgewichen wird. Im Vertrieb wird zunehmend Videoberatung eingesetzt. Außerdem wird der Direktvertrieb forciert.

Das Notfallmanagement baut auf einer betriebstechnischen Notfallanalyse auf. Sie beschreibt die Ziele und Rahmenbedingungen zur Vorsorge gegen Notfälle und Maßnahmen zu deren Bewältigung.

Rechtliche Risiken gehören auch zu den operationellen Risiken. Die DEVK hat ein Compliance Management System etabliert, das die Einhaltung externer Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Solvabilitätsverordnung werden erfüllt.

Insgesamt können wir zurzeit keine Entwicklung erkennen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnte.

Köln, 11. März 2022

Der Vorstand

Gallus

Großmann

Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen im Geschäftsjahr 2021

	Anwärter	
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	139.535	47.738
II. Zugang während des Geschäftsjahres		
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	17.788	5.470
2. sonstiger Zugang	4	5
3. gesamter Zugang	17.792	5.475
III. Abgang während des Geschäftsjahres		
1. Tod	232	41
2. Beginn der Altersrente	2.265	760
3. Invalidität	152	61
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-
5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen	3.068	868
6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen	61	16
7. sonstiger Abgang	41	7
8. gesamter Abgang	5.819	1.753
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	151.508	51.460
davon:		
1. nur mit Anwartschaft auf Invaliditätsversorgung	-	-
2. nur mit Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung	-	-
3. mit Anwartschaft auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	-	-
4. beitragsfreie Anwartschaften	-	-
5. in Rückversicherung gegeben	-	-
6. lebenslange Altersrente	-	-
7. Auszahlungsplan mit Restverrentung	-	-

Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten Tsd. €	Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Summe der Jahresrenten		
						Witwen Tsd. €	Witwer Tsd. €	Waisen Tsd. €
3.252	1.072	2.716	185	39	11	146	30	5
525	163	511	27	2	-	16	1	-
-	-	20	-	-	-	1	-	-
525	163	531	27	2	-	17	1	-
43	4	25	2	2	-	4	1	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	1	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	3	-	-	-	1	-	-
43	4	28	2	2	1	5	1	1
3.734	1.231	3.219	210	39	10	158	30	4
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
3.283	1.077	2.724	-	-	-	-	-	-
198	56	165	-	-	-	-	-	-

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2021

Aktivseite	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.390.107		97
II. geleistete Anzahlungen		<u>24.490</u>		2.357
			3.414.597	2.454
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	65.100.000			30.200
2. Beteiligungen	<u>4.402.150</u>			3.017
		69.502.150		33.217
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	34.321.303			20.459
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	<u>776.539.804</u>			712.359
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	413.239.130			401.412
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>19.704.405</u>			-
		1.243.804.642		1.134.230
			1.313.306.792	1.167.447
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern				
- Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			523.424.632	366.061
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft an:				
1. Arbeitgeber und Versorgungsberechtigte	247.797			224
2. Vermittler	<u>290.573</u>			302
		538.370		525
II. Sonstige Forderungen		<u>11.685</u>		2.682
davon:			550.055	3.208
an verbundene Unternehmen: - €				1.026
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		342.270		302
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		<u>521.904</u>		37
			864.174	339
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		991.590		513
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>12.209</u>		13
			1.003.798	525
Summe der Aktiva			1.842.564.048	1.540.034

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Passivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		5.000.000	5.000
II. Kapitalrücklage		8.153.766	8.154
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	500.000		500
2. andere Gewinnrücklagen	680.000		680
		1.180.000	1.180
		14.333.766	14.334
B. Pensionsfondstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung		1.240.428.915	1.107.006
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle		1.751.451	1.650
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		54.265.568	47.089
		1.296.445.934	1.155.746
C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			
– Deckungsrückstellung		523.424.632	366.061
D. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		462.100	395
II. Steuerrückstellungen		-	-
III. Sonstige Rückstellungen		64.412	123
		526.512	518
E. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft gegenüber			
1. Arbeitgebern	1.421.045		2.693
2. Versorgungsberechtigten	290		5
		1.421.335	2.698
II. Sonstige Verbindlichkeiten		6.411.870	677
davon:			
gegenüber verbundenen Unternehmen: 5.553.369 €		7.833.205	3.375
			466
Summe der Passiva		1.842.564.048	1.540.034

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten Passiva B. I. und C. eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 1.763.853.546,61 € unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 240 Satz 1 Nr. 10-12 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Köln, 10. März 2022

Der Verantwortliche Aktuar

Lammert

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

Posten	€	€ Vorjahr Tsd. €
I. Pensionsfondstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge		
– Gebuchte Beiträge	259.562.514	218.678
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	5.037.719	4.270
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	1.707.704	-
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	26.376.326	25.990
c) Erträge aus Zuschreibungen	3.138	-
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2.266.426	6.459
	30.353.594	32.450
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	58.571.886	28.783
5. Sonstige pensionsfondstechnische Erträge	3.634.646	3.010
6. Aufwendungen für Versorgungsfälle		
a) Zahlungen für Versorgungsfälle	44.256.669	35.091
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle	101.068	860
	44.357.737	35.950
7. Veränderung der übrigen pensionsfondstechnischen Rückstellungen		
– Deckungsrückstellung	-290.786.691	-204.090
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	12.213.803	10.511
9. Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb		
a) Abschlussaufwendungen	2.270.998	1.825
b) Verwaltungsaufwendungen	2.879.372	2.205
	5.150.370	4.030
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	249.533	227
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	766.287	244
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	468.295	31.104
	1.484.115	31.575
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	1.808.620	-
12. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen	1.161	-
13. Pensionsfondstechnisches Ergebnis	1.357.862	1.035
II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	26.255	157
2. Sonstige Aufwendungen	1.106.456	959
	-1.080.201	-802
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	277.661	233
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	75.509	27
5. Sonstige Steuern	2.151	6
	77.660	33
6. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	200.000	200
7. Jahresüberschuss	-	-
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen	-	-
– in die gesetzliche Rücklage	-	-
9. Bilanzgewinn	-	-

Anhang

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig abgeschrieben. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** und **Beteiligungen** wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen.

Der Ansatz der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**, der **Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** erfolgte zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Börsenkursen. Kapitalanlagen, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet werden, wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zuzuordnen sind, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern in früheren Jahren eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert erfolgte, wurde eine Zuschreibung vorgenommen, wenn diesen Vermögensgegenständen am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigemessen werden konnte. Die Zuschreibungen erfolgten bis zur Höhe der Anschaffungskosten oder auf den niedrigeren Börsenwert.

Die Bilanzwerte der **Namenschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Zero-Namenschuldverschreibungen wurden mit ihren Anschaffungskosten, zuzüglich des in Abhängigkeit vom Kapitalvolumen und der Verzinsungsvereinbarung ermittelten Zinsanspruchs, aktiviert.

Die Bilanzwerte der Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeträgen unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Das **Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern** wurde gemäß § 341 Abs. 4 Satz 2 und § 341d HGB mit dem Zeitwert bewertet und in einem gesonderten Posten ausgewiesen. Auf Grund der Bestimmungen in den Pensionsplänen wurde der Wert entsprechend der Verpflichtung des Pensionsfonds im Versorgungsfall angesetzt.

Die **Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft** sind zu Nennwerten bilanziert worden.

Die **sonstigen Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Betriebs- und Geschäftsausstattung betrafen, zu Nennwerten abzüglich notwendiger Einzelwertberichtigungen angesetzt. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden hauptsächlich die noch nicht fälligen Zinsansprüche zu Nennwerten angesetzt.

Die **Deckungsrückstellung** wurde für jeden Vertrag unter Berücksichtigung des individuellen technischen Beginns einzeln, nach versicherungsmathematischen Grundsätzen, berechnet. Die Berechnung erfolgte unter Beachtung der Vorschriften des § 341f HGB und des § 240 Satz 1 Nr. 10-12 VAG sowie den zugehörigen Regelungen der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV). Die Deckungsrückstellung wurde grundsätzlich unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten berechnet. Für Verträge im Rentenbezug erfolgte eine Nachreservierung bezüglich zukünftiger Verwaltungskosten sowie eine biometrische Nachreservierung. Die Deckungsrückstellung für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde nach der retrospektiven Methode ermittelt, die übrige Deckungsrückstellung nach der prospektiven Methode. Die Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) für Anwärter wurde prospektiv mit einem vom Zeitpunkt des Vertragsbeginns abhängigen Rechnungszins zwischen 0,9 % und 3,25 % ermittelt; die Mindestdeckungsrückstellung für laufende Renten wurde prospektiv je nach Rentenbeginn mit einem Rechnungszins zwischen 0,9 % und 2,25 % ermittelt. Es wurden modifizierte HEUBECK-Richttafeln 2005 G sowie DAV-Sterbetafeln 2004 R verwendet.

Der Schlussüberschussanteilfonds wurde für jeden Vertrag unter Berücksichtigung des individuellen technischen Beginns einzeln ermittelt. Die Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte gemäß § 15 Abs. 5 und 6 RechPensV. Der Diskontierungszinssatz beträgt 0,5 % p. a.

Die Beträge für die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle** wurden für die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen und bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle einzeln ermittelt. Die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen, aber erst nach der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle wurden auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit geschätzt. Noch nicht abgewickelte beendete Pensionsfondsverträge und Versorgungsverhältnisse wurden ebenfalls berücksichtigt.

Die Rückstellung enthält auch Beträge für die Schadenregulierungsaufwendungen.

Die Bildung der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** erfolgte gemäß der Satzung, den gesetzlichen Regelungen und den Bestimmungen zur Überschussbeteiligung in den Pensionsplänen.

Die **anderen Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der HEUBECK-Richttafeln 2018 G. Der Diskontierungszinssatz wurde auf Basis der bisher gültigen Rückstellungsabzinsungsverordnung als 10-jähriger Durchschnitt festgelegt. Er wurde mit 1,87 % (Vorjahr 2,30 %) angesetzt und auf Basis einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Als Finanzierungsendalter wurde die vertragliche Altersgrenze verwendet.

Die Gehaltsdynamik wurde mit 1,95 % p. a., die Rentendynamik wurde je nach Zusage mit 1,95 %, 1,6 % bzw. 1 % p. a. angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Angaben zu latenten Steuern erfolgen auf Grund der steuerlichen Organschaft auf Ebene der Organträgerin DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln.

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis II. im Geschäftsjahr 2021

Aktivposten							
	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschrei- bungen Tsd. €	Abschrei- bungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	97	1.334	2.333	-	-	374	3.390
2. geleistete Anzahlungen	2.357	1	-2.333	-	-	-	25
3. Summe A.	2.454	1.335	-	-	-	374	3.415
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	30.200	34.900	-	-	-	-	65.100
2. Beteiligungen	3.017	1.485	-	100	-	-	4.402
3. Summe B. I.	33.217	36.385	-	100	-	-	69.502
B. II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	20.459	123.120	-	108.494	3	766	34.321
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	712.359	82.505	7	18.331	-	-	776.540
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	401.412	14.328	-	2.500	-	-	413.239
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	-	19.704	-	-	-	-	19.704
4. Summe B. II.	1.134.230	239.656	7	129.325	3	766	1.243.805
insgesamt	1.169.901	277.376	7	129.425	3	1.140	1.316.721

Bei den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände handelt es sich um planmäßige Abschreibungen.

Entwicklung der im Aktivposten C. erfassten Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2021

Aktivposten							
	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Nicht realisierte Gewinne Tsd. €	Nicht realisierte Verluste Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern							
Sonstige Kapitalanlagen							
- Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	366.061	108.040	-	7.440	58.572	1.809	523.424
insgesamt	366.061	108.040	-	7.440	58.572	1.809	523.424

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

Wir haben Kapitalanlagen, die dauerhaft im Kapitalanlagebestand gehalten werden sollen, gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2021 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen	Buchwert €	Zeitwert €
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	65.100.000	69.846.674
2. Beteiligungen	4.402.150	4.402.150
B. II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht verzinsliche Wertpapiere	34.321.303	35.662.845
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	776.539.804	950.403.902
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	413.239.130	440.358.091
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	19.704.405	22.166.429
insgesamt	1.313.306.792	1.522.840.091
davon:		
zu Anschaffungskosten bewertete Kapitalanlagen	1.275.306.792	1.483.933.070
davon:		
Kapitalanlagen im Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB	786.939.799	960.641.814

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 15,0 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf Aktien, Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Die Zeitwertermittlung für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgte zum Buchwert oder Marktwert. Der Zeitwert der Beteiligungen an Immobiliengesellschaften bestimmt sich aus der Bewertung der Immobilienobjekte zum Marktwert.

Sowohl die Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinsliche Wertpapiere als auch die zu Anschaffungskosten bilanzierten festverzinslichen Wertpapiere wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bewertet.

Die Zeitwerte der Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 36 RechPensV i. V. m. § 56 RechVersV auf der Grundlage der Renditestrukturkurve zu jeweils marktüblichen Konditionen ermittelt.

Finanzinstrumente i. S. d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Aktien, Investmentanteile und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.400	10.238
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	119.640	112.655
Namenschuldverschreibungen	116.959	109.131

Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 und 6 HGB wurden unterlassen, da beabsichtigt ist, diese Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten bzw. nach unserem Bewertungstool oder unseren Analysen nur von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

Zu Aktiva B. I.
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil in %	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
DEVK Europa Real Estate Investment Fonds SICAV-FIS, Luxemburg (L)	2,25	798.333.515 ²	35.288.482 ²
DRED S.C.S. SICAV-FIS, Luxemburg (L)	16,44	337.582.159	35.246.973

²Basis Teilkonzernabschluss

Zu Aktiva C.
Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

	Anteileinheiten Anzahl	Bilanzwert €
Monega Rentenfonds	285.696	28.515.352
Monega Aktienfonds	3.861.953	494.909.280
insgesamt		523.424.632

Zu Aktiva F.
Rechnungsabgrenzungsposten

noch nicht fällige Zinsforderungen	991.590 €
Vorauszahlungen für zukünftige Leistungen	12.209 €
	1.003.799 €

Zu Passiva A. I.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 5.000.000 € ist in 5.000.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Zu Passiva B. I. und C.

Deckungsrückstellung

Für Verpflichtungen aus dem Pensionsfondsgeschäft wurden Deckungsrückstellungen in Höhe von insgesamt 1.763.853.547 € gebildet. Davon waren 523.424.632 € im Posten „Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ auszuweisen. Die prospektiv ermittelte Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) beträgt 1.212.479.427 €. Damit schließt die bilanzierte Deckungsrückstellung die Mindestdeckungsrückstellung ein.

Zu Passiva B. III.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand 31.12.2020	47.089.483 €
Entnahme	5.037.719 €
Zuführung	12.213.803 €
Stand 31.12.2021	54.265.567 €
Zusammensetzung	
Tsd. €	
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte	
laufende Überschussanteile	4.140
Schlussüberschussanteile	1.240
Schlussüberschussanteilfonds	25.790
ungebundener Teil	23.096

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Selbst abgeschlossenes Pensionsfondsgeschäft

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Beiträge		
– laufende Beiträge	206.484	171.902
– Einmalbeiträge	53.078	46.776
gebuchte Beiträge		
– mit Gewinnbeteiligung	259.563	218.678
gebuchte Beiträge		
– beitragsbezogene Pensionspläne	259.563	218.678

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Vertreter	818	721
2. Sonstige Bezüge der Vertreter	-	-
3. Löhne und Gehälter	244	242
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	-
5. Aufwendungen für Altersversorgung	40	56
insgesamt	1.102	1.019

Es existierten keine Rückversicherungsverträge.

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung mit Ausnahme der Zinszuführung wird der DEVK Pensionsfonds-AG belastet.

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Vorstands 261.825 €. Die Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder bzw. Hinterbliebener beliefen sich auf 7.679 €. Für diesen Personenkreis war am 31. Dezember 2021 eine Pensionsrückstellung von 160.977 € bilanziert. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 62.803 €. Die Beiratsbezüge betragen 27.069 €.

Erträge aus Kapitalanlagen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Erträge aus Kapitalanlagen (Aktivposten B.)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	1.708	-
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	21.168	19.641
c) Erträge aus Zuschreibungen	3	-
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.905	5.869
Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C.)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	5.208	6.350
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	361	590
insgesamt	30.353	32.450

Aufwendungen für Kapitalanlagen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Aufwendungen für Kapitalanlagen (Aktivposten B.)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	247	221
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	766	244
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	323	1433
Aufwendungen für Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C.)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	3	6
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	145	29 671
insgesamt	1.484	31.575

Seit dem Geschäftsjahr 2015 werden die Beiträge an den Pensions-Sicherungs-Verein direkt durch die Arbeitgeber vorgenommen.

Abschlussprüferhonorare

Für Leistungen, die der Abschlussprüfer (KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) für das Unternehmen erbracht hat, wurden im Geschäftsjahr 33.418 € aufgewendet (inkl. 5.983 € Minderaufwand für 2020). Diese entfielen in vollem Umfang auf Abschlussprüfungsleistungen.

Sonstige Angaben

Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt zum Stichtag 34.035 € (Vorjahr 39.709 €) und resultiert aus der Pensionsrückstellung.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres kam es zu einem Kriegsausbruch in der Ukraine. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges ergeben sich für die DEVK insbesondere aus der zunehmenden Unsicherheit an den Kapitalmärkten. Die Auswirkungen auf die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage lassen sich im Moment nur schwer abschätzen.

Allgemeine Angaben

Die DEVK Pensionsfonds-AG, Köln, ist beim Amtsgericht Köln unter der Handelsregisternummer HRB 36041 eingetragen.

Die Aufstellung der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befinden sich vor dem Lagebericht.

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, Köln, mit 100 % beteiligt. Diese hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den Konzernabschluss aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung

Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.

Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn

Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Überschussbeteiligung der Versorgungsanwärter und Versorgungsempfänger

Die Versorgungsanwärter und die Versorgungsempfänger werden gemäß den Festlegungen in den jeweiligen Pensionsplänen an den erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Dazu werden gleichartige Verträge in Risikoklassen zusammengefasst und diesen die entstandenen Überschüsse verursachungsgerecht zugeordnet. Der einzelne Vertrag erhält Anteile an den Überschüssen seiner zugehörigen Risikoklasse.

Die Überschüsse werden wie folgt verwendet:

Versorgungsanwartschaften

Die fälligen Überschussanteile werden dem Anlagestock zugeführt und erhöhen damit die Anzahl der Anteilheiten für den Vertrag.

Versorgungen im Leistungsbezug

Die fälligen Überschussanteile werden zur Erhöhung der (laufenden) garantierten Versorgungsleistung verwendet. Diese Erhöhungen sind ihrerseits wiederum überschussberechtigigt.

In Abhängigkeit von dem zugrunde liegenden Tarif sowie dem Vertragsstatus wird folgende Überschussbeteiligung für das Geschäftsjahr 2022 festgelegt:

Versorgungsanwartschaften

Die Versorgungsanwartschaften erhalten folgende Überschussbeteiligung:

Tarife	Grundüberschussanteil	Risikoüberschussanteil		Zinsüberschussanteil	Schlussüberschussanteil
		ergänzende Erwerbsminderungsrente	ergänzende Hinterbliebenenrente		
	in % des überschussberechtigten Beitrags	in % des überschussberechtigten Risikobeitrags	in % des überschussberechtigten Risikobeitrags	in % des maßgebenden Garantiekapitals	in % des maßgebenden Garantiekapitals
DB2, DB2U, DB2_1, DB2U_1, VM1, VM1U	0,1	65,0	54,0	0,0	2,4
TAV/NE/02, TAVU/NE/02	0,4	-	-	0,0	2,5
TAV/02, TAVU/02	0,7	-	-	0,0	2,5
ZIGU	0,7	-	-	0,0	2,4

Versorgungen im Leistungsbezug

Die laufenden Renten aller Tarife erhalten in Abhängigkeit vom Jahr des Rentenbeginns und der Leistungsart einen Zinsüberschussanteil in folgender Höhe:

Rentenbeginn	Leistungsart	Zinsüberschussanteil in % des maßgebenden Deckungskapitals
bis 31.12.2011	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	0,00 0,00
01.01.2012 – 31.12.2014	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	0,45 ² 0,45 ²
01.01.2015 – 31.12.2016	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	0,95 ² 0,95 ²
01.01.2017 – 31.12.2021	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	1,30 1,30
ab 01.01.2022	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	1,95 1,95

¹ inkl. einer evtl. eingeschlossenen Hinterbliebenenrentenanwartschaft.

² Die Überschüsse werden zur Gegenfinanzierung einer biometrischen Nachreservierung verwendet.

Grund- bzw. Risikoüberschussanteile werden nicht gewährt.

Köln, 11. März 2022

Der Vorstand

Gallus

Großmann

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEVK Pensionsfonds-Aktiengesellschaft, Köln

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Köln – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht.

Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltliche geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 25. März 2022

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Klitsch
Wirtschaftsprüfer

Hansen
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2021 die Geschäftsführung des Vorstands auf Grund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft. Er hat in zwei Sitzungen des Aufsichtsrats getagt und beraten sowie zwei Telefonkonferenzen abgehalten und sich dabei über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat erhebt gegen den Bericht des Verantwortlichen Aktuars keine Einwendungen.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und Lagebericht 2021 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat nach Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und gebilligt. Der Jahresabschluss 2021 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 18. Mai 2022

Der Aufsichtsrat

Zens

Vorsitzender